

## »Links im Amt«

1. November 2014, Protokoll: Susanna Karawanskij

### Workshop Länderfinanzausgleich mit Axel Troost

- Groko macht keine Föderalismuskommission oder eine große Diskussion zum LFA
  - hier gibt es eher eine kleine Variante, die im September gleich mit den Ländern abgestimmt werden soll, laut Finanzminister
  - Länderfinanzausgleich ist in der Summe ein Nullsummenspiel
  - Axel Troost hat gemeinsam mit den Fipos ein LFA links gedacht erstellt - dazu auch die Broschüre zum LFA
  - Ansatz war MultiplikatorInnen und Städtetag etc. für die LFA-Problematik und Solidarität zu sensibilisieren - Ruhe im Karton, die GroKo verhandelt dies in undurchsichtigen MP-Runden
  - hier werden eben nicht nur direkte Probleme und Gestaltungen des LFA diskutiert, sondern eben auch im Paket den Umsatzsteuervorwegausgleich, den Solidaritätszuschlag,
  - was Soli betrifft in Linksfraktion noch kein einheitliches Bild - Solidaritätszuschlag soll entsprechend von Axel erhalten bleiben, denn sonst wird mit dessen Abschaffung auch die Solidarität abgeschafft
  - Wettbewerbszuschläge werden von Bay und Ba-Wü diskutiert
  - Finanzschwache Länder schaffen es nicht, gemeinsam zu kämpfen oder sich gemeinsam zu positionieren
  - Ver.di ist unserem Konzept gefolgt, Paritätischer Wohlfahrtsverband gleiche Argumente gefunden, und auch der Städtetag hat viele wichtige Argumente aus unserem Konzept übernommen
  - Keinerlei Beteiligung ebenso des Bundestags an der Neugestaltung des LFA
  - LFA - Konzept - siehe Anhang
- 
- Konsequenzen der Steuerkraft, wenn die Sozialleistungen vom Bund finanziert werden würde - Bay und Ba-Wü kommen da in der Übersicht nicht schlecht weg, eigentlich müsste dies doch eine Mehrheit oder zumindest Zustimmung finden
  - Altschuldenfonds mit Einbezug der Kommunen - Vorbehalte für die Idee einer Zentralverwaltung dafür
  - wir sind schnell dazu geneigt die Länderaufgaben oder die mangelnde Sorgfaltspflicht zu den Kommunen wir auf den Bund übertragen wollen ohne dabei Landeskonzepte zu berücksichtigen bzw. dort anzusetzen
  - Kita und Kitaausgleich, die alleine die Landkreise und Kommunen zu schultern haben - gibt es dazu Vorstellungen oder Ideen zur Vereinheitlichung und Lastenausgleich, der vom Bund übertragenen Aufgabe auf die kommunale Ebene
  - auch im LFA Konzept der Linken gab es die Diskussion um die Einführung eines Sozialindikators - war umstritten und hat keine Mehrheit und damit keinen Einzug in das Konzept erhalten, denn damit ist wieder der Eingriff in die Ausgabenseite gegeben. Zweitens ist dies wieder ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, denn die organisatorischen Schwerpunkte können sehr unterschiedlich auf Ausgabenseite gelegt werden
  - nur die Übertragung auf den Bund ist nicht eine entsprechende politische Frage - denn das LINKE-Steuerkonzept bringt höhere Mehreinnahmen auf der Länderebene, der Bund ist höher verschuldet, ohne, dass der Bund einen Mehrwert erhält, ist schwer für die Solidarität wieder unter den verschiedenen Ebenen - nur der Fingerzeig auf die Bundesebene, damit ist es auch nicht getan
  - Schwierigkeit, dass sich die Kreditgeber aus der Finanzierung auf der Kommunalebene zurückziehen und nicht mehr bei der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt sind - die Kommunalschuldenwirtschaft wird immer komplizierter
  - Weltfinanzpolitische Entwicklungen schlagen auch durch auf die kommunale Kreditwirtschaft -

- Fragestellungen: Beim Altschuldenfonds - Bundesweiter Länderfond, - die Zinsausgaben sollen zum Teil aus dem Bundessoli bezahlt werden
- Anreiz für die Körperschaften, wenn diese nicht mehr Schuldner sind - aber das LINKE Konzept geht davon aus, dass die Schuldner als solche auch bestehen bleiben, bei gleichzeitiger Infragestellung, ob Schulden unbedingt getilgt werden müssen, denn \_Schulden sind volkswirtschaftliche als öffentliche Schulden nichts schlimmes - denkbar ist an der Stelle ein langfristiger Tilgungsplan
- hier geht es im Kern darum, dass für die kommenden Generationen Gestaltungsspielräume übrig bleiben vor dem Hintergrund der wirksamen Schuldenbremse
- LFA - bislang zur Nivellierung der Einnahmeunterschiede - Frage ist, ob es nicht auch im Konzept der Faktor der Nivellierung der Ausgabenstruktur möglich wäre
- Ausgangspunkt des linken LFA war nur die einheitlichen Bundeseinnahmen zu betrachten - die auch als Aufgabenübertragung auf die Kommunalebene durchschlagen
- die Verhandlungen im Bundesrat laufen außerhalb der A und B Länderlinien - hier ist viel Intransparenz im ganzen Prozess, welcher dann nicht mehr als LFA Prozess verhandelt wird, sondern als Konglomerat
- Verschuldungsproblematiken sind Thema in der Diskussion - jenseits der Investitionskrediten - Beispiel NRW - Verweis auf die überbordenden Kassenkredite, die ursprünglich als kurzfristige Finanzierungslücken gedacht waren und nunmehr in Größenordnungen aufgelaufen sind und zur Finanzierung der laufenden Aufgaben verwendet werden
- Sozialkosten müssten vom Bund übernommen werden - die Frage ist, wie diese tatsächlich bei den Gemeinden ankommen
- gibt es weitere Lösungsvorschläge jenseits der Forderung der Bundesübernahme
- in NRW - den 70 ärmsten Kommunen werden 500 Mio. mehr HH Mittel zur Verfügung gestellt mit stärkeren Konsolidierungsmaßnahmen...
- Ein wirklicher Ansatz die HH Probleme der Kommunen zu lösen ist das nicht - nur um die Spitzen der Kommunalen Belastungen etwas abzumildern, das schafft es nur, nicht mehr
- Finanzierungsmöglichkeiten: Versicherungen sollen ja mit einsteigen um als Geldgeber für Kommunalkredite zu fungieren
- es ist bislang allerdings schleierhaft, wie dieses unter den Bedingungen der Schuldenbremse ohne PPP hinkriegen soll bzw. wie das konkret gemacht werden soll